

[§ 3 - Der gesetzliche Zinssatz in sozialen Angelegenheiten wird auf 7 Prozent festgelegt, selbst wenn in sozialrechtlichen Bestimmungen auf den gesetzlichen Zinssatz in Zivilsachen verwiesen wird und insofern in diesen sozialrechtlichen Bestimmungen, insbesondere im Gesetz vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, nicht ausdrücklich vom gesetzlichen Zinssatz von 7 Prozent abgewichen wird.

Dieser Zinssatz kann durch einen im Ministerrat beratenen Königlichen Erlass abgeändert werden.]

[Art. 2 ersetzt durch Art. 87 des G. (I) vom 27. Dezember 2006 (B.S. vom 28. Dezember 2006); § 3 eingefügt durch Art. 42 des G. vom 8. Juni 2008 (B.S. vom 16. Juni 2008)]

**Art. 3** - Der Gewinn, der sich für die Nationalbank aus der Differenz zwischen dem gesetzlichen Zinssatz und dem von dieser Einrichtung erhobenen Zinssatz ergibt, wird der Staatskasse zugeteilt.

**Art. 4** - Alle zu vorliegendem Gesetz im Widerspruch stehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2011 — 2359

[C - 2011/00553]

**10 AOÛT 2001. — Loi relative à la conciliation entre l'emploi et la qualité de vie. — Coordination officieuse en langue allemande**

Le texte qui suit constitue la coordination officieuse en langue allemande de la loi du 10 août 2001 relative à la conciliation entre l'emploi et la qualité de vie (*Moniteur belge* du 15 septembre 2001, *err.* du 9 octobre 2001), telle qu'elle a été modifiée par la loi-programme (I) du 24 décembre 2002 (*Moniteur belge* du 31 décembre 2002).

Cette coordination officieuse en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2011 — 2359

[C - 2011/00553]

**10 AUGUSTUS 2001. — Wet betreffende de verzoening van werkgelegenheid en kwaliteit van het leven. — Officieuze coördinatie in het Duits**

De hierna volgende tekst is de officieuze coördinatie in het Duits van de wet van 10 augustus 2001 betreffende de verzoening van werkgelegenheid en kwaliteit van het leven (*Belgisch Staatsblad* van 15 september 2001, *err.* van 9 oktober 2001), zoals ze werd gewijzigd bij de programmawet (I) van 24 december 2002 (*Belgisch Staatsblad* van 31 december 2002).

Deze officieuze coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

#### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2011 — 2359

[C - 2011/00553]

**10. AUGUST 2001 — Gesetz über das In-Einklang-Bringen von Beschäftigung und Lebensqualität — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache**

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Gesetzes vom 10. August 2001 über das In-Einklang-Bringen von Beschäftigung und Lebensqualität, so wie es abgeändert worden ist durch das Programmgesetz (I) vom 24. Dezember 2002.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

#### MINISTERIUM DER BESCHÄFTIGUNG UND DER ARBEIT

**10. AUGUST 2001 — Gesetz über das In-Einklang-Bringen von Beschäftigung und Lebensqualität**

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmung*

**Artikel 1** - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

KAPITEL II — *Allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden pro Woche*

**Art. 2** - § 1 - Vollzeit Arbeitnehmer, die in den Anwendungsbereich von Kapitel III Abschnitt II des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit fallen, müssen am 1. Januar 2003 unter die Anwendung einer Arbeitsregelung fallen, die im Rahmen eines vor diesem Datum geschlossenen kollektiven Arbeitsabkommens oder, in Ermangelung eines kollektiven Arbeitsabkommens, im Rahmen einer an diesem Datum geltenden Arbeitsordnung festgelegt wurde, wodurch die Arbeitszeit auf höchstens 38 Stunden pro Woche oder auf einer anderen Grundlage als der wöchentlichen Grundlage in gleichwertiger Art begrenzt wird.

§ 2 - Die in Artikel 19 des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit vorgesehene Grenze von 40 Stunden pro Woche wird für Vollzeit Arbeitnehmer, die in den Anwendungsbereich von Kapitel III Abschnitt II des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit fallen und für die die Wochenarbeitszeit am 1. Januar 2003 nicht gemäß § 1 begrenzt ist, auf 38 Stunden verkürzt.

§ 3 - Artikel 28 § 3 des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit ist auf die in den Paragraphen 1 und 2 vorgesehenen Verkürzungen anwendbar.

§ 4 - Für die Anwendung der Paragraphen 1 und 2 bestimmt der König die Modalitäten für die Streichung der Lohnzulage unter der in Artikel 29 § 2 des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit festgelegten Grenze von 40 Stunden.

**Art. 3** - *[Aufhebungsbestimmung]*

**Art. 4** - Eine einmalige Ermäßigung der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherheit wird Arbeitgebern gewährt, auf deren Arbeitnehmer vor dem 1. Januar 2003 gemäß Artikel 2 § 1 eine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden pro Woche angewandt wird, wenn die Wochenarbeitszeit am 31. Dezember 2000 39 Stunden betrug.

Diese Ermäßigung der Arbeitgeberbeiträge beträgt pro betreffenden Arbeitnehmer:

1. 6.000 BEF, wenn die Arbeitszeitverkürzung zwischen dem 1. Januar 2001 und dem 30. September 2001 in Kraft tritt,
2. 5.000 BEF, wenn die Arbeitszeitverkürzung im Laufe des vierten Quartals des Jahres 2001 in Kraft tritt,
3. 100 EUR, wenn die Arbeitszeitverkürzung im Laufe des ersten Quartals des Jahres 2002 in Kraft tritt,
4. 75 EUR, wenn die Arbeitszeitverkürzung im Laufe des zweiten Quartals des Jahres 2002 in Kraft tritt,
5. 50 EUR, wenn die Arbeitszeitverkürzung im Laufe des dritten Quartals des Jahres 2002 in Kraft tritt,
6. 25 EUR, wenn die Arbeitszeitverkürzung im Laufe des vierten Quartals des Jahres 2002 in Kraft tritt.

Die Arbeitszeitverkürzung kann in mehreren Schritten erfolgen.

Die in Absatz 2 erwähnte Ermäßigung wird im Laufe des Quartals nach dem Quartal gewährt, im Laufe dessen die Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden verkürzt wird. Sie wird im Laufe des vierten Quartals des Jahres 2001 gewährt, wenn die Arbeitszeitverkürzung zwischen dem 1. Januar 2001 und dem 30. Juni 2001 eingeführt worden ist, vorausgesetzt, dass nach dem 1. Januar 2001 ein kollektives Arbeitsabkommen zu diesem Zweck geschlossen und die Arbeitsordnung in dieser Hinsicht angepasst worden ist.

Die in Absatz 2 erwähnte Beitragsermäßigung kann mit anderen für dieselben Arbeitnehmer gewährten Ermäßigungen der Arbeitgeberbeiträge kumuliert werden. Sie kann den Betrag der für jeden betreffenden Arbeitnehmer normalerweise geschuldeten Arbeitgeberbeiträge jedoch nicht überschreiten.

Der König bestimmt die Modalitäten für die Anwendung dieser Ermäßigung der Arbeitgeberbeiträge und die Modalitäten für den Nachweis der Arbeitszeitverkürzung.

#### *KAPITEL III — Kollektive Arbeitszeitverkürzung*

**Art. 5 - 12 - [...]**

*[Art. 5 bis 12 aufgehoben durch Art. 362 sechster Gedankenstrich des G. vom 24. Dezember 2002 (B.S. vom 31. Dezember 2002)]*

**Art. 13 - [Aufhebungsbestimmungen]**

#### *KAPITEL IV — System des Zeitkredits, der Laufbahnverkürzung und der Kürzung der Arbeitsleistungen auf eine Halbzeitbeschäftigung*

**Art. 14 - 20 - [Abänderungsbestimmungen]**

**Art. 21 -** Die Bestimmungen der kollektiven Arbeitsabkommen, die gemäß den Artikeln 100 und 102 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen geschlossen worden sind und eine Aussetzung der Erfüllung des Arbeitsvertrags oder eine Verkürzung der Arbeitsleistungen regeln, treten am 1. Januar 2002 außer Kraft.

**Art. 22 - § 1 -** Die in Artikel 103*bis* des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen erwähnten Arbeitnehmer, die vor dem Datum der Veröffentlichung des vorliegenden Gesetzes im *Belgischen Staatsblatt* gemäß Artikel 19 des Königlichen Erlasses vom 2. Januar 1991 über die Bewilligung von Unterbrechungszulagen beim Landesamt für Arbeitsbeschaffung einen Antrag eingereicht haben, können für die Dauer, die gemäß den Vorschriften über die Laufbahnunterbrechung im Antrag vermerkt worden ist, ihre Laufbahnunterbrechung weiterführen.

§ 2 - Für die in Artikel 103*bis* des vorerwähnten Gesetzes vom 22. Januar 1985 erwähnten Arbeitnehmer, die ab dem Datum der Veröffentlichung des vorliegenden Gesetzes im *Belgischen Staatsblatt* gemäß Artikel 19 desselben Königlichen Erlasses vom 2. Januar 1991 beim Landesamt für Arbeitsbeschaffung einen Antrag eingereicht haben, muss die Laufbahnunterbrechung im Laufe des Jahres 2001 beginnen und darf ihre Dauer ein Jahr nicht überschreiten.

§ 3 - Die in den Paragraphen 1 und 2 erwähnten Arbeitnehmer unterliegen nach dem 1. Januar 2002 weiterhin der auf den Artikeln 100 und 102 des vorerwähnten Gesetzes vom 22. Januar 1985 basierenden Regelung.

§ 4 - Die auf Artikel 105 des vorerwähnten Gesetzes vom 22. Januar 1985 basierenden Laufbahnunterbrechungen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Kapitels begonnen haben, unterliegen nicht den Bestimmungen von Artikel 19 Nr. 1 des vorliegenden Gesetzes.

**Art. 23 -** Bei Anwendung von Artikel 22 endet die in den Artikeln 100 und 102 des vorerwähnten Gesetzes vom 22. Januar 1985 vorgesehene Ersetzungspflicht am 1. Januar 2002.

**Art. 24 - § 1 -** Der in Artikel 103*bis* des vorerwähnten Gesetzes vom 22. Januar 1985 erwähnte Arbeitgeber, der vor dem 1. Januar 2002 einen in Laufbahnunterbrechung befindlichen Arbeitnehmer durch einen entschädigten Vollarbeitslosen ersetzt hat, der die Bedingungen von Artikel 104*bis* desselben Gesetzes erfüllt und dessen Name auf der im Königlichen Erlass vom 22. Dezember 1995 zur Ausführung von Artikel 104*bis* § 4 Absatz 2 des Sanierungsgesetzes vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen erwähnten Bescheinigung vermerkt ist, wird für diesen Arbeitnehmer weiterhin von den Sozialversicherungsbeiträgen befreit, so wie in Artikel 104*bis* desselben Gesetzes erwähnt.

§ 2 - *[Abänderungsbestimmung]*

**Art. 25 - [Aufhebungsbestimmung]**

**Art. 26 -** Jedes Jahr und zum ersten Mal im Dezember 2002 nimmt der Nationale Arbeitsrat eine globale Bewertung der Anwendung des vorliegenden Kapitels vor.

Diese Bewertung bezieht sich insbesondere auf:

— die Nutzung des Zeitkredits, der Laufbahnverkürzung und der Kürzung der Arbeitsleistungen auf eine Halbzeitbeschäftigung, je nach Größe der Unternehmen,

— die Nutzung der Möglichkeit, durch ein kollektives Arbeitsabkommen das Recht auf Zeitkredit auf höchstens fünf Jahre zu verlängern,

— die Nutzung der Möglichkeit, die Schwelle von 5% zu ändern, die in Artikel 15 § 1 des im Nationalen Arbeitsrat geschlossenen kollektiven Arbeitsabkommens Nr. 77 vom 14. Februar 2001 erwähnt ist,

— die Nutzung der Möglichkeit, den Zeitkredit, die Laufbahnverkürzung und die Kürzung der Arbeitsleistungen auf eine Halbzeitbeschäftigung aufzuschieben und zu entziehen.

Diese Bewertung wird dem für die Beschäftigung zuständigen Minister übermittelt, der den Ministerrat darüber informiert. Sie wird den Föderalen Gesetzgebenden Kammern übermittelt.

#### KAPITEL V — *Vaterschafts- und Adoptionsurlaub*

##### Abschnitt 1 — *Vaterschaftsurlaub*

**Art. 27 - 28** - [Abänderungsbestimmungen]

##### Abschnitt 2 — *Adoptionsurlaub*

**Art. 29 - 30** - [Abänderungsbestimmungen]

##### Abschnitt 3 — *Gemeinsame Bestimmungen*

**Art. 31** - § 1 - Abschnitt 1 des vorliegenden Kapitels ist nur dann anwendbar, wenn die Entbindung nach Inkrafttreten des vorliegenden Kapitels stattgefunden hat.

§ 2 - Abschnitt 2 des vorliegenden Kapitels ist nur dann anwendbar, wenn das Kind nach Inkrafttreten des vorliegenden Kapitels ins Bevölkerungsregister oder ins Fremdenregister der Gemeinde, in der der Arbeitnehmer seinen Wohnort hat, als Familienmitglied eingetragen worden ist.

**Art. 32** - [Aufhebungsbestimmung]

#### KAPITEL VI — *Frühpension*

##### Abschnitt 1 — *Vollzeitfrühpension*

**Art. 33** - [Abänderungsbestimmung]

##### Abschnitt 2 — *Halbzeitfrühpension*

**Art. 34 - 35** - [Abänderungsbestimmungen]

#### KAPITEL VII — *Inkrafttreten*

**Art. 36** - Kapitel II wird wirksam mit 1. Juli 2001.

Kapitel III tritt am 1. Oktober 2001 in Kraft.

Kapitel IV tritt am 1. Januar 2002 in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 22 und 24 § 2, die am Tag der Veröffentlichung des vorliegenden Gesetzes im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft treten. Der König ist befugt, Ausführungsmaßnahmen vor diesem Datum zu treffen.

Kapitel V tritt am 1. Juli 2002 in Kraft.

Kapitel VI wird wirksam mit 1. Januar 2001.

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL EMPLOI, TRAVAIL ET CONCERTATION SOCIALE

F. 2011 — 2360

[2011/203167]

**12 JUILLET 2011.** — Arrêté royal rendant obligatoire la convention collective de travail du 15 décembre 2010, conclue au sein de la Commission paritaire de l'industrie chimique, relative au choix de l'organisme de pension chargé de l'exécution de l'engagement de pension complémentaire sectoriel pour les ouvriers de l'industrie chimique telle qu'introduite par la convention collective de travail du 5 août 2010 (1)

ALBERT II, Roi des Belges,  
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 5 décembre 1968 sur les conventions collectives de travail et les commissions paritaires, notamment l'article 28;

Vu la demande de la Commission paritaire de l'industrie chimique;

Sur la proposition de la Ministre de l'Emploi,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** Est rendue obligatoire la convention collective de travail du 15 décembre 2010, reprise en annexe, conclue au sein de la Commission paritaire de l'industrie chimique, relative au choix de l'organisme de pension chargé de l'exécution de l'engagement de pension complémentaire sectoriel pour les ouvriers de l'industrie chimique telle qu'introduite par la convention collective de travail du 5 août 2010.

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST WERKGELEGENHEID, ARBEID EN SOCIAAL OVERLEG

N. 2011 — 2360

[2011/203167]

**12 JULI 2011.** — Koninklijk besluit waarbij algemeen verbindend wordt verklaard de collectieve arbeidsovereenkomst van 15 december 2010, gesloten in het Paritair Comité voor de scheikundige nijverheid, betreffende de keuze van de pensioeninstelling belast met de uitvoering van de aanvullende sectorale pensioentoezegging voor de arbeiders van de scheikundige nijverheid zoals ingevoerd bij collectieve arbeidsovereenkomst van 5 augustus 2010 (1)

ALBERT II, Koning der Belgen,  
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 5 december 1968 betreffende de collectieve arbeidsovereenkomsten en de paritaire comités, inzonderheid op artikel 28;

Gelet op het verzoek van het Paritair Comité voor de scheikundige nijverheid;

Op de voordracht van de Minister van Werk,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** Algemeen verbindend wordt verklaard de als bijlage overgenomen collectieve arbeidsovereenkomst van 15 december 2010, gesloten in het Paritair Comité voor de scheikundige nijverheid, betreffende de keuze van de pensioeninstelling belast met de uitvoering van de aanvullende sectorale pensioentoezegging voor de arbeiders van de scheikundige nijverheid zoals ingevoerd bij collectieve arbeidsovereenkomst van 5 augustus 2010.